unfähig anprangerten, dem „Romaproblem“ angemessen zu begegnen. Dies habe nämlich zu einer Rückkehr zu älteren Politikstilen geführt. Überwachung, Segregation und schließlich negative Geburtenkontrolle werden in der Studie als strukturelle Gewalt verstanden. Diese strukturelle Gewalt wurzelte, dies wäre die Quintessenz des Werkes, deshalb in der Tschechoslowakei besonders tief, weil dort liberale, nationalsozialistische, sozialistische und schließlich „westliche“ Einflüsse in destruktiver Weise ineinandergriffen.

Die Stärke der Studie liegt darin, dass sie Phänomene zusammendenkt, die in der Regel getrennt betrachtet werden. Indem sie die Politik gegenüber Behinderten und gegenüber Roma wie zwei Folien übereinander schiebt und darüber hinaus die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Einflüsse in den Blick nimmt, gelingt ihr eine überzeugende Darlegung, die auch jenseits der engeren Fragestellung wichtige Erkenntnisse zur Sonderschulerziehung, zur Politik gegenüber den Roma und zum eugenischen Diskurs bietet. Das Wagnis aus der Sozialwissenschaft heraus eine historische Studie zu verfassen, hat sich gelohnt; herauskommen ist ein gut recherchiertes und empfehlenswertes Werk!

Regensburg

Natali Stegmann

Witold Mędykowski: Macht Arbeit frei? German Economic Policy and Forced Labor of Jews in the General Government, 1939–1943. Academic Studies Press. Boston 2018. XXXII, 418 S., Ill., Kt., graph. Darst. ISBN 978-1-61811-596-8. (\$ 45,95.)

Witold Mędykowski, ein in Israel und Polen ausgebildeter Historiker und Politologe, ist mutmaßlich einer der besten Kenner der Archive des Genozids an den polnischen Juden. Seit beinahe zwei Jahrzehnten erforscht er als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Yad Vashem in Jerusalem die Primärquellen zum Schicksal von rund drei Millionen polnischen Juden, von denen nur etwa zehn Prozent die Verfolgung und die Vernichtung durch die deutsche Besatzungsverwaltung überlebten. Das vorliegende Buch kann bereits jetzt als sein *opus magnum* bezeichnet werden, da es die Ergebnisse seiner minutiösen Archivrecherchen zusammenfasst und Generationen von Historikern des Holocaust ein wichtiges Nachschlagewerk sein wird.

Der Autor verspricht im Klappentext, das Buch sei die „überhaupt erste Studie, die jüdische Zwangsarbeit im Generalgouvernement (GG) in komplexer Weise darstellt“. Um dieses Versprechen einzulösen, referiert er in zwei großen Abschnitten chronologisch die Geschichte der polnischen Juden seit dem Beginn der deutschen Besatzung im Herbst 1939 bis zur Ermordung der letzten überlebenden jüdischen Zwangsarbeiter im Rahmen der sog. „Aktion Erntefest“ im November 1943. Schon in seiner Gliederung folgt das Buch der traditionellen Sichtweise der Forschung über die Shoah in Polen, die von einer Radikalisierung der nationalsozialistischen Verfolgungspraxis nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 ausgeht. Insofern folgt der Autor gewissermaßen der „deutschen Schule“ der Täterforschung und argumentiert in aller Regel fast ausschließlich nicht aus der Perspektive der jüdischen Opfer. Dennoch nutzt er durchaus die einschlägigen Nachlässe jüdischer Institutionen im GG, etwa die Akten der sog. Judenräte oder der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, die von den deutschen Besatzern dazu berufen worden waren, ihre Befehle auszuführen. Wertet man diese Quellen nur in dieser einen Dimension aus, wie zum Beispiel in Kapitel 3 („Forced Labor in the Ghettos and Labor Detachments“), so wird zwar die genozidale Intention, die der jüdischen Zwangsarbeit deutscherseits zugrunde lag, deutlich. Andererseits erfährt der Leser jedoch erstaunlich wenig darüber, welche unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die polnisch-jüdische Gesellschaft die deutschen Forderungen zum „Arbeitseinsatz“ an die jüdischen Institutionen hatten.¹

¹ Zu den sozialen Konflikten im Rahmen des Arbeitszwangs innerhalb der polnisch-jüdischen Gesellschaft u. a. ANDREA LÖW, AGNIESZKA ZAJĄCZKOWSKA-DROŹDZ: Leader-

Traditionell folgt diese Studie dem Forschungsstand auch insofern, als sie voraussetzt, dass der sog. „jüdische Arbeitseinsatz“ aus Sicht der Täter eine ökonomische Zweckmäßigkeit verfolgt habe. Daran lässt bereits die Einleitung keine Zweifel, die grundsätzlich von einem positivistischen Verständnis von Arbeit ausgeht und den Einsatz jüdischer Arbeiter in der deutschen Besatzungswirtschaft als eine extreme Variante der klassischen Lohnarbeit versteht: „[...] our research aims to understand the role that forced labor played in the economic policies of the German authorities in the General Government. [...] in the ghettos of the General Government there existed a particular economic system, which could be described as ‚forced economy‘“ (S. VIII). Die so gemutgemeßte Wirtschaftlichkeit jüdischer Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft kann die empirisch eindrucksvolle Studie letztlich nur in einigen wenigen Ansätzen belegen. Auch konstatiert der Autor in der Zusammenfassung nur einschränkend: „Forced labor was rather used in concentration camps and at the end of the war, first of all, to achieve certain economic goals and not in order to exterminate the prisoners“ (S. 318).

In der Analyse der jüdischen Zwangsarbeit aus dem Blickwinkel der klassischen Ökonomie ist M.s Studie eher die Regel denn die Ausnahme in der Forschungsliteratur zum Thema. Allein schon der provokative Buchtitel *Macht Arbeit frei?* jedoch regt dazu an, die Wirtschaftlichkeit der deutschen Verfolgungspraxis im Kontext des sog. „jüdischen Arbeitseinsatzes“ zu hinterfragen. So sah bereits die Anordnung zur Umsetzung der „Verordnung über die Einführung des Arbeitszwangs für die jüdische Bevölkerung“ vom 12. Dezember 1939 vor, dass dieser Arbeitszwang einen „erzieherischen Zweck“ haben sollte. Außerdem sollte er zwei Jahre oder so lange dauern, bis der erzieherische Zweck erreicht worden sei. Wenn man dazu berücksichtigt, dass die jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter in der Regel nicht entlohnt wurden, dass sie weder über angemessene Arbeitsausrüstung noch Unterbringung verfügten und dass dieser Einsatz, das zeigen die Berichte der Überlebenden, gesundheitsgefährdend war, dann waren die Regeln klassischer Lohnarbeit seit Beginn der deutschen Besatzung bewusst außer Kraft gesetzt worden.

Auch wirft M.s wichtiger Hinweis auf die Lage sowjetischer Kriegsgefangener im Vergleich zu jüdischen Zwangsarbeitern im Generalgouvernement ein Schlaglicht auf das Spannungsfeld, in dem sich die Studie befindet. So könnte man fragen, warum die deutschen Stellen die mittellosen Soldaten der Roten Armee einfach haben verhungern lassen, während sie die jüdische Bevölkerung erst sozial marginalisierten und doch gleichzeitig in einem System nutzloser Arbeitsverhältnisse dezimierten? Es gehe darum, so heißt es auf einer Besprechung von Vertretern der deutschen Polizei und Verwaltung mit Generalgouverneur Hans Frank am 30. Mai 1940, „bei den Juden gewissermaßen den Rahm abzuschöpfen“. Schließlich könne man nicht Millionen von Juden einfach verhungern lassen.² Soll heißen: In den ersten beiden Jahren der Besatzung verschwendete die deutsche Verwaltung die Arbeitskraft der jüdischen Bevölkerung und erpresste – unter Androhung von Lagerarbeit – Gelder von den jüdischen Institutionen, um sich daran persönlich und institutionell zu bereichern. Warum nun diese Praxis klassischen Motiven der Lohnarbeit widersprach und dennoch der Zweckmäßigkeit des Genozids an den polnischen Juden entsprach, bleibt auch nach der dieser Studie eine offene Frage der Holocaustforschung.

Dass die Studie auf Grund des zweiten Abschnitts – über die jüdische Zwangsarbeit unter der Verwaltung der SS – zu dem Schluss kommt, gleichermaßen ideologische und ökonomische Ziele hätten ab dem Frühjahr 1942 zur Ermordung der jüdischen Bevölke-

ship in the Jewish Councils as a Social Process. The Example of Cracow, in: FRANK BAJOH, ANDREA LÖW (Hrsg.): *The Holocaust and European Societies: Social Processes and Social Dynamics*, London 2016, S. 189–205.

² KLAUS-PETER FRIEDRICH (Bearb.): *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Band 4: Polen: September 1939 – Juli 1941, München 2011, S. 302.

rung in den Vernichtungslagern im GG geführt, ist bereits Stand der Forschung. Wie andere Studien mit einem wirtschaftspolitischen Fokus übersieht auch dieser Band, dass „jüdische Arbeit“ von Beginn an das Schlüsselkonzept des Genozids an den jüdischen Polen war. Allein erst mit der technischen Möglichkeit einer zeitlich und räumlich planbaren „Endlösung“ seit 1942 kam es zu einer Übereinstimmung zwischen den politischen und militärischen Intentionen der Nationalsozialisten, d. h. dem industriellen Mord in den Vernichtungslagern mit dem parallelen Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie.

Den Fachwissenschaftlern ist dieses Buch, das gerade in der ersten Hälfte von einem gründlicheren Englischlektorat hätte profitieren können, dennoch unbedingt zu empfehlen. So legt M. zwar nicht *die* Monografie über die Komplexität der Zwangsarbeit und deren Bedeutung für den deutschen Genozid vor, aber dennoch sucht das Buch in seiner Fülle an Primärquellen seinesgleichen. Gerade die zahlreichen Statistiken und thematischen Karten sowie die Bilder jüdischer Frauen und Männer, die zur Arbeit gezwungen wurden, sind für die weitere Forschung zum Thema von Bedeutung.

Frankfurt (Oder)

Frank Grelka

Andrej Angrick: „Aktion 1005“. Spurenbeseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945. 2 Bände. Wallstein Verlag. Göttingen 2018. 1381 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-8353-3268-3. (€ 79,-.)

Massenmord ist ein schmutziges Geschäft. Dass dies nicht nur im übertragenen Sinne und nicht nur für das Mordgeschehen selbst gilt, zeigt Andrej Angricks Studie über die Beseitigung der Massengräber und anderer Spuren nachdrücklich. Mit dem Bau von Gaskammern in den Vernichtungslagern erreichten die deutschen Handwerker des Massenmords eine gewisse Distanzierung und „Rationalisierung“ gegenüber den in den besetzten Gebieten der Sowjetunion vorwiegend praktizierten Massenerschießungen. Aber nur an den Mordstätten in Auschwitz-Birkenau und Majdanek galt dies seit dem Jahr 1943 nach dem Bau großer Krematoriumsanlagen auch für die Beseitigung der Leichen. Bis dahin wurden die Leichen auch hier anfänglich, wie bei den großen Massenerschießungen, in Massengräbern verscharrt. Später wurden sie in offenen Feuern verbrannt.

Bereits Anfang 1942 erteilte Heinrich Himmler dem SS-Standartenführer Paul Blobel den Auftrag, die Beseitigung der Massengräber vorzubereiten. Bis dahin hatte Blobel das Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C geführt und in dieser Funktion u. a. die große Massenerschießung von Babyn Jar Ende September 1941 geleitet.

Blobels als streng geheim eingestuftes Auftragswerk wurde im Reichssicherheitshauptamt unter dem Aktenzeichen „1005“ geführt. Der Vf. stellt die Beauftragung Blobels in den Zusammenhang einer wachsenden Zahl von Berichten Ende 1941 und Anfang 1942 über die Massenmorde in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und Polens in der internationalen Öffentlichkeit. Tatsächlich begann Blobels Tätigkeit dann aber im Frühjahr 1942 im Vernichtungslager Kulmhof (Chełmno nad Nerem) im „Warthegau“, als dort beträchtliche praktische Probleme bei den bisherigen Methoden der Leichenbeseitigung auftraten. An diesem Ort, an dem der stationäre Massenmord im Dezember 1941 noch recht provisorisch mit Gaswagen begonnen hatte, waren bis zum Frühjahr 1942 mehrere Zehntausend Opfer, vorwiegend Juden aus dem Ghetto in Lodz, in Massengräbern in einem nahegelegenen Waldgebiet verscharrt worden. Aus diesen Massengräbern traten bald Flüssigkeiten aus. Die deutschen Täter befürchteten zudem die Verbreitung von Krankheiten und eine Verseuchung des Grundwassers. Blobel begann daher an diesem Ort auch mit der „Enterdung“ der Leichen. Tatsächlich erwies sich dies als schwieriger als erwartet. Es bedurfte einer Reihe von Versuchen, bis Blobel und seine Leute eine funktionierende Technik für die Verbrennung durch das Aufschichten der Leichen auf großen Scheiterhaufen und den Einsatz von Benzin oder anderen Brandbeschleunigern entwickelt hatten. Zur Beseitigung der nach der Verbrennung übriggebliebenen Knochen ließ Blobel Mühlen zu ihrer Pulverisierung beschaffen.